

Poener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureaus
In Breslau außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. L. Ulrich & Co.
Breitestr. 20,
in Grätz bei J. Streissland,
in Meseritz bei Ph. Matthies,
in Wreschen bei J. Jodlhofer.

Annoncen
Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Hanke & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Davidaendank“.

J. 166.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 7. März.

Gebühren 20 Pf. die sechzehnpfälzige Zeitteilteile oder deren Dauern, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 6. März. Der König hat die vermähltete Frau Marie von Leonhart, geb. Gräfin von Kurzrock-Wellingsbüttel zu Königsberg im Siegkreise, unter dem Namen: „von Leonhart-Kurzrock“ in den Freiherrnstand, und den Geheimen Sanitätsrath Dr. Gustorf zu Berlin in den Adelstand erhoben. Der König hat d. n. Regierung-Männen und Stempelstiften Buskier und Gaupp zu Berlin den Charakter als Geheimer Regierungsrath, dem Ober-Zollinspektor Nelsdorf zu Stralsund, den Ober-Zollinspektoren Fischer zu Breslau, Kreusler zu Marburg und Hildenbagen den Charakter als Steuer-Rath, den Haupt-Steueramts-Regenten Ulrich zu Breslau, Wiese zu Celle und Gosseling zu Wesel einen Charakter als Rechnungs-Rath, und dem Bureauvorsteher für das Expeditions- und Kanzleiverei bei der Provinzial Steuer-Direktion zu Magdeburg, Hildenbagen den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen, abg. bissigen Charakters als Rechnungs-Rath den als Steuer-Rath der Bureauvorsteher für das Rechnungswesen bei der Provinzial-Direktion zu Magdeburg, Wallber, an Stelle des bisherigen Ober-Rathes als Kanzlei-Rath den als Rechnungs-Rath füre. Der Finanzminister hat an Stelle des in den Ruhstand versetzten Ober- und Geheimen Regierungs-Raths Versch. den Ober-Regierungs-Rath Tübben zum Vorsitzenden der hiesigen Einschätzungscommission für die klassifizierte Einkommensteuer ernannt.

Vom Pandage.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung.

Berlin, 6. März. Am Ministertisch: v. Puttkamer, Scholz, Göbler. Prääsident Frhr. von Heereman eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Vor der Tagesordnung nimmt das Wort Abg. Dr. von Jäger, um sich gegen die vom Kultusminister in der zweiten Sitzung des Staats erprobene Behauptung, daß er (S. 2d gew. 1) in einem Punkt die Notwendigkeit der Simultan-Schule anerkannt und befürwortet habe, zu vertheidigen. Er habe vielmehr für das Dorf Romanhof die Errichtung einer katholischen Schule erbettet und bis dies ausgeführt sei, sich mit der Anstellung eines katholischen Lehrers an der evangelischen Schule zufrieden erklärt.

Abg. v. Göbler erwidert, daß nach den vorliegenden Akten Minister v. Jäger die Anstellung eines katholischen Lehrers an der evangelischen Schule in Romanhof erbettet habe, also für paritätische Schulen eingetreten sei. In dritter Lesung sei er bereit, dies noch des Weiteren nachzuweisen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst mündliche Berichte der Unterrichtskommission für Petitionen. Abg. Stroesser referirt über die Petitionen der Lehrer der katholischen Gymnasien und Realgymnasien verschiedener Städte um Gewährung des gesetzlichen Wohnungsgeldzuschusses an der Seite der städtischen Verwaltungen und beantragt Namens der Kommission, die Petitionen der Regierung als Material für die künftige einschlägige Gesetzgebung auf diesem Gebiete zu überweisen.

Abg. Seyffardt (Krefeld) und Schmidt (Sagan) bestätigen, daß die Staatsregierung bisher nicht eine wohlwollendere Einstellung zu der bereitgestellten Frage eingenommen habe. Noch heute bestehen 108 Anstalten keinerlei Wohnungsgeldzuschuß; in neun Jahren ist es bloß bei 180 Anstalten gelungen, die Zahlung des Wohnungsgeldzuschusses zu erzwingen; bei den übrigen habe der Staat ein direktes Mittel angedroht, von den Kommunen aber kaum ernst genommen.

Minister v. Göbler: An der nöthigen Energie von Seiten der Staatsregierung, daß es niemals gemangelt. Die Schwierigkeit liegt in der Frage, wie der Widerstand der Kommunen zu brechen sei. In anderen Fällen ist mit der Entziehung des Staatszuschusses Ernst gemacht worden, die Entziehung der Berechtigungen ist allerdings nicht in Aussicht genommen. Die Regierung wird jedenfalls in ihrem Bestreben nicht elabmen, den Lehrern das zu verschaffen, was sie als ihr gutes Recht in Anspruch nehmen können.

Abg. Dr. Kratzke weist besonders auf die Stadt Görlitz hin, wo von dem gegenwärtigen Oberbürgermeister bei seinem Amtsantritt den Lehrern, weil sie städtische Beamte seien, der Wohnungsgeldzuschuß vorenthalten worden sei, eine Aussicht, welche durchaus geistlichen Bestimmungen widerspreche, zumal dort wie anderwärts andere Beamte viel besser dort sitzen als die Lehrer.

Die geistlichen einer Regelung der Frage für die allein mögliche und rationelle Lösung hält, wird der Antrag der Kommission mit großer Majorität angenommen.

Dietrich motiviert den Antrag besonders damit, daß der Regierung zur Erleichterung des Grundbesitzes in dieser Hinsicht eine Gefreiung gegeben werden solle, und giebt als Gründe an die gleichzeitige Verminderung der Belastung des ländlichen und städtischen Hauses und die Beseitigung der Ungewissheit und Ungleichheit

der Grundrechte von 1 p.Ct. angemessen

2. der Stempel für Pacht- und Miethverträge von ½ p.Ct. angemessen

3. der Stempel für Verträge, welche die Übertragung eines bestehenden Pacht- oder Miethverhältnisses auf eine andere Person bestimmt wird.

Abg. Dietrich motiviert den Antrag besonders damit, daß der Regierung zur Erleichterung des Grundbesitzes in dieser Hinsicht eine Gefreiung gegeben werden solle, und giebt als Gründe an die gleichzeitige Verminderung der Belastung des ländlichen und städtischen Hauses und die Beseitigung der Ungewissheit und Ungleichheit der Höhe des zu solchen Verträgen zu vermeidenden

finanziellen Verlustes. Eine Erleichterung des Grundbesitzes sei gewiß der

Wunsch der Staatsregierung, doch sei es fraglich, ob durch die Erleichterung der Mobilisierung des Grundbesitzes durch Herauslösung des Kaufstamps dem Grundbesitz eine Wohlthat erwiesen werde. Besser würde wohl eine Erhöhung des Besitzwechsels des mobilen Kapitals durch Erhöhung des betreffenden Stamps sein. Vor Allem aber sei gar nicht nachgewiesen, wie der Aussall, der durch die Herauslösung des Kaufstamps für Mobilien eintreten, und bei Erlös der Hälfte bereits 7½ Millionen betragen würde, gedeckt werden solle.

Abg. Frh. v. Minnigerode ist der Ansicht, daß ein hoher Kaufstampf für Immobilien eine Schwächung des Käufers und des Grundstücks mit sich bringe. So sympathisch ihm daher der Antrag ist, so empfiehlt er doch statt dessen den folgenden, der ihm praktischer die erforderliche Anregung zu bieten scheint:

Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Umsätze des beweglichen Vermögens nachdrücklich für den Stempel veranlagt werden, während die Stempel für Immobilien-Pacht- und Miethverträge eine Ermäßigung zu erfahren haben.

Abg. Stengel erklärt sich für den Antrag v. Minnigerode, welcher eine Erleichterung des Grundbesitzes bezwecke und zugleich die Deckung für den entstehenden Ausfall bezeichne.

Abg. v. Ludwig: Die Liberalen haben sich der Roth des Grundbesitzes gegenüber immer unerschöpflich gezeigt und ihr Antrag ist nur eine Art Kantharidenpflaster hinter die Ohren der Konservativen, um die Aufmerksamkeit von dem im Reichstag gestellten Antrag v. Wedell wegen der Börsensteuer abzulenken.

Abg. Hansen glaubt, daß die Sorge für die Deckung des Ausfalls der Regierung obliege. Mit dem Antrag sei nicht ein Gesetzmäßig vorgelegt, sondern nur eine Anregung gegeben, einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Er glaube, daß diese Anregung durchaus nicht zu spät komme.

Abg. Windthorst: Der Zweck des Antrages ist ja erreicht, die Regierung ist zur Genüge aufmerksam gemacht worden. Ich und meine Freunde stimmen für den Antrag v. Minnigerode.

Abg. Hanel: Auf allen Seiten zeigt sich Sympathie für den Antrag, aber selbst der Antragsteller dürfte sich überzeugt haben, daß dessen Einbringung im Augenblick nicht opportun war, da in der That die Deckung nicht abzusehen ist. Im Übrigen hat die Fortschrittspartei einen analogen Antrag bereits im vorigen Jahre gestellt. Der Antrag v. Minnigerode ist völlig unklar, und zwei Stunden mühte Herr v. Minnigerode sprechen, um seinen Antrag zu erklären. Wir sind ihm allerdings dankbar, daß er uns diese lange Rede erspart hat. Herr v. Ludwig möchte ich noch fragen, auf welchen Antrag der jetzige unterstützend einwirken soll, da Herr v. Wedell selbst eingefehen hat, daß sein Börsensteuer-Antrag unabhängig ist. Redner empfiehlt schließlich Überweisung des Antrages Detter an die Budgetkommission.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Per sonlich bemerkt Abg. v. Wedell, daß er seinen Börsen- antrag durchaus nicht für unabhängig halte, nur die Kontrolle mache Schwierigkeiten, welche sich aber sehr wohl heben lassen, wenn ihm die Liberalen nur besser helfen wollen.

Abg. v. Ludwig bemerkt, daß er den Antrag als von den Liberalen ausgehend bezeichnet habe, weil in seinem naturgeschichtlichen Handbuch (Heiterkeit) Abg. Hansen als nationalliberal bezeichnet sei. Wenn sich die Nationalliberalen nicht mehr für liberal halten, wofür sie ihm freilich schon lange nicht mehr gelten, habe er nichts dagegen.

In der Abstimmung wird der Antrag von Minnigerode gegen die Stimmen der liberalen Partei angenommen, womit der Antrag Detter bestätigt ist.

Es folgen Berichte der Wahlprüfungscommission.

Die Wahlen der Abg. v. Körber und v. Kahler (II. Marienwerder) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären, Abg. von Bandemer stellte dagegen den Antrag, die Wahl des Abg. von Kahler zu beanstanden.

Nach langer Debatte, in welcher die Abg. v. Lüden und v. d. Gröben und Bachem sich für Ungültigkeitsklärung der Wahl des Abg. v. Kahler aussprechen, Abg. Franke und Lauenburg den Kommissionsantrag empfehlen, wird die Wahl des Abg. v. Körber einstimmig für gültig erklärt und der Antrag des Abg. v. Bandemer, die Wahl des Abg. v. Kahler zu beanstanden angenommen.

Die Wahlen der Abg. v. Buddenbrock und Wiedner (III. Liegnitz) beantragt die Kommission für gültig zu erklären, dagegen stellt Abg. Meyer (Breslau) den Antrag, die Wahl der genannten Abgeordneten und der Wahlmänner des III. Wahlbezirks des Regierungsbezirks Liegnitz für ungültig zu erklären, weil der Landrat des Kreises Glogau, Graf Pilati, nicht selbst, in Übereinstimmung mit dem § 16 der Verordnung vom 30. Mai 1849, die Wahllokale bestimmt hat und höchst ungeeignete Räumlichkeiten dazu ausgewählt worden sind. Nach kurzer Debatte wird der Kommissionsantrag angenommen und die Wahl der Abg. v. Buddenbrock und v. Wiedner für gültig erklärt.

Die Wahl der Abg. v. Lessing und Wiedebach (7. Frankfurt) beantragt die Kommission für gültig zu erklären und die Regierung zu ersuchen, nachzuforschen, ob während des Wahlaktes Gendarmen im Wahllokal aufgestellt worden waren und aufwährend falls den Wahlkommissar zur Verantwortung zu ziehen. Abg. Dr. Meyer (Breslau) beantragt auch diese Wahlen für ungültig zu erklären, und zwar wegen der durch die Anwesenheit der Gendarmen hervorgerufene Einschüchterung der Wähler.

Abg. Dirichlet bemängelt gleichfalls die Aufstellung der Gendarmen im Wahllokal und weist auf die Verhaftung des Kaufmanns Schlichteisen in Lauenburg durch den früheren Landrat v. Bennigsen-Zörner hin. Nach diesem Vorgange sei wohl anzunehmen, daß die Anwesenheit der Gendarmen einflüsternd wirken könne.

Abg. von Minnigerode kann nicht einsehen, daß durch die Anwesenheit der Gendarmen eine ungesetzliche Handlung begangen und eine Einschüchterung der Wahlmänner veranlaßt worden sei.

Abg. Dr. Hanel erklärt, daß ein Landrat, der Gendarmen in dem Wahllokal duldet, entweder die Gesetze des Landes nicht kennt oder nicht anwenden will. Die Anwesenheit der Gendarmen hat bei Wahlakten nur den Zweck, eine Kontrolle über die Parteistellung der Wahlmänner auszuüben und dadurch dieselben einzuflüsteren. In der Lauenburger Angelegenheit würde der Landrat v. Bennigsen sich nicht zu der Verhaftung des Herrn Schlichteisen entschlossen haben, wenn er nicht einen Gendarmen bei sich gehabt hätte. Er hätte es dann eben nicht gewagt. Unter Freiheit der Wahlen verstehe man eine Anzahl formeller Einrichtungen, die innegehalten werden müssen, dieselben sind

im vorliegenden Falle nicht beachtet worden, es liege also ein brutaler Angriff gegen die Wahl freiheit vor.

Minister von Puttkamer erklärt, daß die Gendarmen als Boten des Wahlkommissarius im Lokale anwesend waren und der § 13 des Wahlreglements, der hier in Betracht komme, dadurch in keiner Weise verletzt worden sei.

Abg. Dirichlet beantragt, die Wahl der Abg. v. Lessing und Wiedebach zu beanstanden.

Abg. v. Liebermann erklärt, daß in der Wahlprüfungskommission nicht anerkannt worden sei, daß eine Beeinflussung der Wahlmänner durch die Gendarmen habe erfolgen können.

Abg. Dirichlet bedauert, daß der Minister das Verfahren des Landrats vertheidigt und nicht, wie selbst die Konservativen in der Kommission erwartet haben, Almeder zugesagt habe.

Minister v. Puttkamer erklärt, daß die Beamten seines Ressorts stets in Schuß nehmen zu wollen, wenn diejenigen unberechtigt angegriffen werden und seine vorhin ausgesprochene Ansicht nicht zurücknehmen zu können.

Abg. Frh. von Zedlitz glaubt, daß ein Wahlkommissar während des Wahlaktes nicht immer auf die Assistenz eines Polizeibeamten verzichten kann und daß der vorliegende Fall nicht mit dem in Lauenburg in Parallele gestellt werden kann.

Abg. Dr. Windthorst tritt für den Kommissionsantrag ein und erklärt die Zusage von Gendarmen bei der Wahl nur als im Widerstreit mit dem öffentlichen Anstand stehend. (Zustimmung.) Befürchtete man Exesse, so müßten die Gendarmen zweckmäßig postiert werden, aber nicht im Wahllokal selbst. Wenn das auch nicht in einem besonderen Paragraphen ausgesprochen ist, so ist das doch etwas, was sich von selbst versteht. Redner bittet auch den zweiten Theil des Antrages der Kommission auf Erörterung der Zulässigkeit der Aufstellung der Gendarmen anzunehmen.

Der Kommissionsantrag wird schließlich angenommen, für den Antrag Dirichlet stimmen nur Fortschritt und Sezession.

Das Haus vertagt sich darauf bis Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des Staats. Schluß 4½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 6. März. Inmitten der mannigfaltigen und schwer zu kontrollirenden Angaben, welche jetzt plötzlich über die Ursachen des Rücktritts des Kriegsministers v. Kameke austauchen, kann so viel jedenfalls als sicher angesehen werden, daß die Frage der Kommunalbesteuerung der Offiziere, wie sie den ersten Anlaß zum Ausbruch von Differenzen bot, auch jetzt die Entscheidung herbeiführt hat. Das Dementi, welches der ersten Meldung der „Kreuzztg.“ entgegengesetzt worden war, hatte bekanntlich mit dem Saie geschlossen, es sei in der preußischen Armee nicht Sitte, während des Kampfes den Posten zu verlassen, dadurch war deutlich genug gesagt, daß die Entscheidung nur verschoben war, aber man hatte allgemein angenommen, daß dieselbe erst nach der Beschlusshaltung des Reichstags über das Militärpensionsgesetz erfolgen würde. Es scheint, daß der Kriegsminister sich aber in der Zwischenzeit von der Unmöglichkeit, die Zustimmung des Kaisers zu dem Antrage auf Kommunalbesteuerung des Privateinkommens der Offiziere zu erlangen, überzeugt hat,

so daß er sich außer Stande sah, bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Gegenstand die Regierung im Reichstag zu vertreten. Die nächste Folge des Wechsels im Kriegsministerium dürfte das Scheitern des Militärpensionsgesetzes sein, denn es ist nicht anzunehmen, daß sich für dasselbe eine Majorität ohne das Zugeschwindnis betreffs der Kommunalbesteuerung finden sollte, nachdem bekannt geworden, daß ein so konservativer Offizier, wie Herr v. Kameke dasselbe für zulässig gehalten. Es gilt als sicher, daß auch der andere verantwortliche Vertreter der deutschen Wehrkräfte, der Chef der Admiralität, derselben Ansicht war; wenn man verbreite, daß Herr v. Stosch eventuell mit Herrn v. Kameke zurücktreten zu wollen erklärt habe, so entsprach das allerdings allzu wenig den preußischen militärischen Traditionen: Herr v. Stosch hat sicher nicht daran gedacht, in solcher Weise eine Einwirkung zur Unterstützung des Herrn v. Kameke über zu können oder zu wollen. Was die weiter reichenden Angaben über Differenzen militärischer Art betrifft, so steht ihnen allerdings die Thatjache entgegen, daß man davon zum ersten Male hört, nachdem der Rücktritt des Kriegsministers erfolgt ist. Was früher schon verlautete, bezog sich auf einen angeblichen, latenten Gegensatz, in welchem einer der hervorragendsten Gehilfen des Herrn v. Kameke im Kriegsministerium, General v. Voigts-Rhetz, sich zu dem Ersteren befinden sollte; wie weit er sich auf diejenigen Einzelheiten bezog, welche jetzt als die Anlässe zu Differenzen in den höchsten militärischen Kreisen bezeichnet werden — die Frage der Verstärkung der Artillerie, der Reglements für die Ausbildung der Kompanie etc. —, das läßt sich vorderhand nicht feststellen. Daß die als nicht hinreichend energisch bezeichnete Art, wie Herr v. Kameke den Richter'schen Reden bei der Berathung des Militäretats entgegentrat, ihm zum Vorwurf gemacht worden ist zweifellos, und ebenso sicher, daß der neue Kriegsminister mit dem Auftrag in's Amt treten wird, in solchen Fällen einen herberen Ton anzuschlagen. Es wird sogar behauptet, die Absicht der alsbaldigen Wiederholung der Abg. Dr. Meyer für 1884/85 hänge zum Theil damit zusammen, daß ein neuer Kriegsminister sofort Gelegenheit erhalten solle, die jüngst abgelehnten Forderungen mit derjenigen Energie zu vertheidigen, deren Mangel Herr v. Kameke zum Vorwurf gemacht wurde, es sei die Parole

„Antrittsrede“ 20 Pf. die sechzehnpfälzige Zeitteilteile oder deren Dauern, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

ausgegeben, daß den Angriffen auf den „Geist der Armee“ sofort energisch entgegengetreten werden müsse, damit dieselben nicht weiter wirken können. Über den Nachfolger gibt es nur unverbürgte Gerüchte.

N.L.C. Im Abgeordnetenhouse ist gestern fast einstimmig eine von Herrn v. Bennigsen beantragte Resolution angenommen worden, welche die Erwartung ausspricht, daß, wenn nicht mehr in dieser, jedenfalls in der nächsten Session ein Gesetzentwurf über die Pensionirung der Elementarlehrer vorgelegt werde. Die Verhandlung hat wieder einmal recht klar gezeigt, wie gering die Aussichten und wie überaus groß die Schwierigkeiten sind, auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung irgend einen wichtigen Schritt vorwärts zu kommen und in wie hohem Grade rünschenswerth und nothwendig dies anderes wäre. Auf das Zustandekommen des seit 25 Jahren feierlich verheissenen allgemeinen Unterrichtsgesetzes wagt man gar nicht mehr zu hoffen. In der Fall'schen Aera wäre ein solches Ziel vielleicht zu erreichen gewesen und bekanntlich liegt aus dieser Zeit auch ein vollständiger Entwurf vor. Allein die Fall'sche Reform-Aera näherte sich bereits ihrem Ende, als an dies Werk Hand angelegt wurde, und sie lief ab, ehe dasselbe auch nur zur gesetzgeberischen Verhandlung kam. Soithem ist von einem allge-

gesetzgeberischen Verhandlung kam. Seitdem ist von einem allgemeinen Unterrichtsgesetz kaum mehr die Rede, und es herrscht nirgends Lust und Muth, unter den heutigen politischen Verhältnissen die Frage wieder anzuregen. Man beschränkt allseitig das Ziel vorläufig auf eine neue Regelung der Schulunterhaltungspflicht, der finanziellen Grundlagen des Schulwesens, ein Gebiet, auf dem immer mehr Willkür, Unbilligkeit und Rechtsunsicherheit einreicht, oder, da selbst dieser Theil der Schulgesetzgebung so große Schwierigkeiten bietet, daß darüber noch manches Jahr vergehen kann, ist man vorläufig zufrieden, wenn endlich nur ein kleiner Theil der Frage, wo die Nothstände am dringendsten der Heilung bedürfen, die Regelung der Pensionsverhältnisse und der Alterszulagen für Elementarlehrer, endlich einmal praktisch gelöst würde. Vor Jahresfrist noch hatte der Kultusminister erklärt, daß ein solches Pensionsgesetz in Ausarbeitung begriffen sei; bei Gründung der Sessjon wurde dann eine umfassendere Vorlage, ein allgemeines Schuldotationsgesetz, verheissen. Aber ob dieser umfassende finanzielle Theil der Frage, die Regelung der Schulunterhaltungslast, ohne gleichzeitige Regelung der prinzipiellen Fragen der Schulgesetzgebung, der inneren Verhältnisse der Schule und ihrer Rechtsstellung zu anderen Faktoren des öffentlichen Lebens, außer Zusammenhang mit einem allgemeinen Unterrichtsgesetz neu geordnet werden kann, unterliegt sehr begründeten Zweifeln, überdies hat der Finanzminister die Lösung dieser Frage als „Vorspann“ für eine weitere Reichssteuerreform benutzt, und was die Anweisung auf solche Projekte bedeutet, weiß man nachgerade. In der Beschränkung, welche das Abgeordnetenhaus seinen Wünschen gegeben, ist am ersten noch zu hoffen, daß einmal ein praktischer Anfang zur Linderung eines Nothstandes gemacht werde, der auf keiner Seite gelehnt wird. Die Frage der Emeritenpensionierung kann bei gutem Willen recht wohl von der allgemeinen Neuordnung der Schuldotation losgelöst und für sich behandelt werden, sie braucht auch nicht, da es sich gar nicht um ungemeine Millionen handelt, auf große neue Steuerprojekte im Reich verwiesen zu werden. Aber freilich sehr hoffnungsreich klangen die Ausführungen vom Ministertisch keineswegs und aus allen Versicherungen des guten Willens hörte man nur immer das Nein heraus.

¶ In der Sitzung des Bundesraths vom 21. Februar bemerkte, wie das Sitzungs-Protokoll berichtet, der Vorsitzende, daß es sich empfehlen werde, den Entwurf zum Reichshaushaltsgesetz für 1884/85, nachdem dessen gleichzeitige Beurtheilung mit den Etatsentwürfen für 1883/84 vom Reichstage abgelehnt worden, dem letzteren alsbald nach seinem Wiederzusammentreten mit den Modifikationen, welche sich aus den seit der ersten Einbringung veränderten Verhältnissen ergaben, von Neuem vorzulegen. Es liege in der Absicht, die entsprechenden Vorbereitungen alsbald zu treffen. Der Bundesrat werde bei der dem nächstigen Einbringung des Gesetzentwurfs Gelegenheit finden, sich seinerseits in der Frage schlüssig zu machen.

— Das Schreiben, mit welchem der Kaiser den Brief des Papstes vom 30. Januar d. J. neuerdings beantwortet hat, ist bis jetzt noch nicht zur Veröffentlichung gelangt, obgleich Minister v. Gohler im Abgeordnetenhouse die Weigerung, Mittheilung über den Inhalt desselben zu machen, nur damit motivirt hat, daß die Antwort des Kaisers noch nicht in die Hände des Papstes gelangt sei. Inzwischen sind über 8 Tage vergangen, seit die Übergabe des kaiserlichen Schreibens erfolgte, ohne daß von klerikaler Seite irgend eine Indiskretion ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden hätte. Dagegen wird von preußisch offiziöser Seite jetzt versichert, der Kaiser halte in seinem Schreiben „in höflicher und versöhnlicher Wendung den Standpunkt seines Schreibens vom 22. Dezember v. J. fest.“ Da dieses Schreiben die etwaige Abänderung von Bestimmungen der Maigesetze von einem Akte des Entgegenkommens auf dem Gebiete der Anzeige der geistlichen Ernennungen abhängig mache, so erscheint es, wie die „Liberalen Korr.“ hervorhebt, als ausgeschlossen, daß, ehe ein solcher Akt der Kurie vorliegt, die preußische Regierung eine kirchenpolitische

— Die Veränderungen im Kriegsministerium scheinen mit dem Ausscheiden des seitherigen Chefs noch nicht abgeschlossen. Als sicher gilt es nach einer Mittheilung der „Nat. Ztg.“, daß General Verdry du Vernois, Director des allgemeinen Kriegsdepartements, aus dem Kriegsministerium ausscheiden werde. Die Generale v. Rauch, Chef des Remontewesens, und v. Hartmann, Chef des Invalidenwesens, stehen in der Anciennität vor den seither als Nachfolger Kamele's genannten Generälen v. Caprivi und v. Bronsart. Vielleicht wurde gerade mit Rücksicht hierauf und auf den gleichfalls älteren General

v. Albedyll General v. Blumenthal für die Spitze des Kriegsministeriums ausersehen. In Bezug auf den Generalleutnant von Albedyll, welcher bekanntlich der Chef des Militärkabinetts ist, verlautete, daß ein Arrangement verhandelt worden sei, welches den in seiner Thätigkeit fast unersetzlichen General in seiner Stellung erhielte, wahrscheinlich würde eine formelle Trennung der Abtheilung für persönliche Angelegenheiten in der einen oder anderen Form erfolgen.

Wien, 5. März. In einem deutschen liberalen Wiener Blatte befindet sich die Botschrift eines Abonnenten an die Redaktion, welche die Verhältnisse in Österreich in sehr interessanter Weise beleuchtet. Die Botschrift lautet nach dem „B. T.“ wie folgt:

„Wo ist des Deutschen Vaterland“? — Ich habe dieses frische Liedchen heute gesucht und an gewohnter Stelle nicht mehr gefunden. In Vairs Lesebuch für Volks- und Bürgerschulen Österreichs, achte Schulklasse, Ausgabe für Knaben, war es bisher enthalten und steht auch richtig noch im Inhaltsverzeichniß angeführt, Seite 259 — dort ist es aber nicht mehr anutzen. Unglaublich, aber wahr; es ist plötzlich verschwunden! Man hat es aus der fertigen Ausgabe herausgenommen und zwei andere Blätter dafür hineingelegt, die sich recht unschuldig, aber doch so ausnehmen, daß man sie auf den ersten Blick als eist Eingewanderte erkennt.

Durch einen kleinen „Schnitzer“ der bei großen Thaten sich häufig einstellt, wurde auf das Inhaltsverzeichniß vergessen, darum ist dort „Des Deutschen Vaterland“ noch vorzufinden. Welch' aläudlicher Zufall! Ich sende Ihnen das gemahne „alte Buch als Corpus delicti zur gefälligen Ansicht mit; es gibt Dinge, die man selbst sehn muß, um daran glauben zu können.“

um daran glauben zu können.
Wenn Sie mir sagen könnten, warum denn „Des Deutschen Vaterland“ aus diesem Lesebuch so plötzlich ausgewiesen wurde, wäre ich Ihnen sehr verbunden.

In der That wär' es interessant, eine Auskunft darüber zu erhalten. Fürchtet man sich so sehr, von dem Deutschen Vaterlande zu sprechen?

Best. 6. März. (Telegramm.) Bei der Fortsetzung der Mittelschuldebatte im Abgeordnetenhaus wurde gezeichnete Gull (Sachsen) als Grundfehler der Vorlage, daß die Verfügungen nicht im Einverständnis mit den Konfessionen zu Stande kämen. Es sei nicht die Rede von einer bloßen Schulangelegenheit, sondern es handle sich um die protestantische Autonomie. Es sei sehr unbillig, konfessionelle Schulen der Staatsaufsicht unterzuordnen und nur solche Lehrer anzunehmen, deren Qualifikation durch eine staatliche Kommission approbiert wäre. Die Konfessionen hätten nur Lasten zu tragen und vernichte die Vorlage das Recht des Nationalitätsgesetzes. Der Redner wies den Gesetzentwurf zurück und verwahrte sich gegen die Vorwürfe der Agitation und des Mangels an Patriotismus. Zuletzt brachte er einen Schlusshandlungsantrag ein, durch dessen Annahme der Gesetzentwurf nicht einmal bis zur Spezialdebatte kommen würde. Latinovits (katholischer Geistlicher) findet die Vorlage dem Interesse des ungarischen Staates entsprechend, was in derselben bezüglich der Sprache verlangt werde, sei eine äußerst bescheidene Forderung, man werde ihresgleichen kaum in einem anderen Kulturstaat Europas finden. Wolff (Sachsen) wünscht, daß die ungarische Regierung ihren fremdsprachigen Staatsangehörigen gegenüber wenigstens so viel Toleranz zeige, wie die deutsche Regierung gegenüber den Elsaß-Lothringern, und erklärt sich gegen die Vorlage. Sitzinsli (Protestant) bekämpft die Ausführungen Wolff's, durch Verleumdungen werde den Nationalitäten nicht genützt, wohl aber würden durch dergleichen andere Kreise irreggeführt. Die Vorlage sei auch vom konfessionellen Standpunkte aus eine entsprechende. Toaln (Partei der

Vocales und Provinzielles.

Leben und Werk

d. [Zur Auswanderung aus unserer Provinz] äußert sich der "Kuryer Pogn." im Anschluß an einen Artikel der "Nordd. Allg. Ztg.", in welchem diese die Auswanderung im Allgemeinen als "eine wunde Stelle" bezeichnet, dahin: Eine Auswanderung in Betr. der starken Auswanderung der

dahin: Eine Aenderung in Beitr. der polnischen Auswanderung der polnischen Bevölkerung werde dann erfolgen, wenn die Regierung auf christlicher Grundlage stehen und der Kirche die ihr gebührenden Rechte einräumen, und die Rechte der unter ihrem Scepter stehenden Nationalitäten achten werde. Wenn die gegen Kirche und polnische Nationalität gerichteten Gesetze und Vorschriften aufhören, wenn sich die Bedürfnisse für Erhaltung eines bewaffneten Friedens und für die zu kostspielige Staatsmaschine mindern werden, dann werde auch die Auswanderung der polnischen Bevölkerung aufhören. So lange sie aber noch anhalte, sei nach zwei Richtungen hin zu arbeiten: einerseits den Wohlstand der Arbeiterbevölkerung zu heben, wie dies auch neulich in der Generalversammlung des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins vom Dr. v. Sulibzynski hervorgehoben wurde; andererseits sei dahin zu wirken, daß die Auswanderung, statt nach Amerika, nach polnischen oder slawischen Gegenden hin: nach Kujawien, Wolhynien, Podolien, Ukraine, Bosnien sc. gelenkt werde.

d. Zur Auswanderung nach Amerika werden viele polnische Leute in unserer Provinz nicht allein durch Agenten, sondern oft auch durch übertriebene und unwahre Mittheilungen, die ihnen von bereits ausgewanderten Verwandten und Bekannten von dort zugehen, bewogen. Der „Goniec Wieli.“ bringt einen Brief, der ihm aus Amerika von einem Ausgewanderten zugegangen ist und aus dem hervor, geht, wie dieser sich durch unwahre Darstellungen, die ihm über Goldbergwerke u. dergl. gemacht wurden, verleiten ließ, dorthin auszuwandern, und wie sich schließlich die angeblichen Goldbergwerke als Kohlengruben entpumpten, in welchen er seitdem schwer zu arbeiten hat, um seinen

d. Die polnischen Studirenden in Breslau, welche zum großen Theil aus unserer Provinz stammen, haben dort einen „geselligen Zirkel der Breslauer Studirenden polnischer Nationalität“ gebildet, welcher gesellige Ziele verfolgt und gegenwärtig 43 Mitglieder zählt. In den Versammlungen, welche wöchentlich einmal stattfinden, werden humoristische und musikalische Vorträge gehalten und Lieder gesungen &c. Am 29. November v. J. wurde vom Verein eine Feier zu Ehren des

Dichters Adam Mickiewicz veranstaltet; auch beteiligte sich der ²⁸
ein an der Adresse zu dem 25jährigen Jubiläum des polnischen Schrift-
stellers Jez. In dem Lesezirkel befanden sich viele polnische Zei-
schriften.

△ Schönlanke, 5. März. [Marktpreise Fleisch u. w.
Personalien. Konzert. Turnverein.] Im Monat
Februar d. J. haben die Durchschnittsmarktpreise im bieslager Stadte
betragen: für 100 Kilogramm Roggen mittel 12,24 M. gering 11,40
Mark. Hafer 11,45 M. Erbsen 15 M. Kartoffeln 4,16 M. Rübenstrasse
5,50 M. Kuer 4,88 M. Eßbutter 2,10 M. und für ein Schoch Bier
2,94 M. Zum Markte wurden während des Monats Februar
10,740 Kilogramm Roggen und 3150 Kilogramm Hafer gebracht.
Gegen den Monat Januar sind sämtliche Getreidearten im Preise
gestiegen. — Seit Einführung der Fleischschau 1876 sind im bieslager
Stadt von unsrern beiden Fleischbeschauern zusammen 5107 Schafe
untersucht und davon 10 sinnig und 2 trichindis besunden worden.
Der Rektor Bieber, welcher hier selbst seit dem 1. Oktober 1890 be-
hauptlehrerstille an der biesligen evangelischen Elementarischule ver-
waltet, ist als Rektor an die Stadtschule in Sagan gewählt und wird
und wird unseren Ort mit dem 1. April d. J. verlassen. Ein Nach-
folger ist noch nicht gewählt. — Die erste Lehrerstille an der biesligen
katholischen Elementarischule, welche in Folge gerichtlicher Verurtheilung
des bisherigen Inhabers wegen Vergeben im Amte zu 5jähriger Zuchthaus-
strafe erledigt ist, wird gegenwärtig durch den Schulamts-
didaten Schilling verwaltet. — Das von biesligen Bürgern im Saal
des Herrn Hübke aus geführte Konzert hat einen Reinertrag von 3
Mark ergeben, welcher unter Arme verteilt werden wird. — In de-
lebten Generalversammlung unseres Turn- und Fechtvereins wurde
der königliche Förster Nicolai in den Vorstand und als Vorsteher
dieselben der Bahnassistent Stache gewählt. Nachdem sich dieser Ber-
ein an den Vorstand des Gauverbandes gewendet hat wird demselben
auch ein Pferd überwiesen resp. zur Benutzung gegen Ratenabzahlungen
überlassen werden.

Landwirthschaftliches.

S Geschichte des Hopfenbaues und Hopfenhandels zu tomischel. Unter diesem Titel erischen im Jahre 1860 eine Broschüre welche in neuerer Zeit vollkommen vergriffen und lange nicht mehr in Buchhandel zu haben war. Bei der Bedeutung, welche der Hopfenbau für unsere Provinz hat, ist es gewiss ganz zeitgemäß, daß von dieser Broschüre auf Veranlassung des um den Hopfenbau unserer Provinz hochverdienten Herrn Jos. Jac. Flatau eine zweite unveränderte Auflage (Berlin, Verlag von Oskar Lorenz) erschienen ist, welche ebenfalls nur die Zeit bis zum Jahre 1859 umfaßt. In der Bericht erläßt Herr Flatau, daß er sich weitere geschichtliche Mittheilungen über die Entwicklung des Hopfenbaus und Hopfenhandels um Neutomium vom Jahre 1859 bis auf die Neuzeit und über die Denkwürdigkeiten des gesammten Hopfenbaus in Preußen vorbehalte.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 6. März. [Diskonto-Gesellschaft] fand die Sitzung des Verwaltungsraths der Diskonto-Gesellschaft statt, in welcher über die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahrs berichtet wurde. Einschließlich des Reservevertrags aus der vorherigen Bilanz stellt sich der Gewinn auf M. 9,887,189,74. Hieron ab M. 1,072,761,92 für Verwaltungskosten und M. 2,400,000 für auf die Kommandit- Anttheile bereits bezahlte Abzuschlag dividiert von 4 Prozent und aus dem Restgewinn soll den Kommanditisten eine Superdividende von 6½ Prozent gewährt werden. Als Abzuschlag auf neue Rechnung verblieben M. 1,264,201,47, während die gemeinsame Reserve mit einem Bestande von M. 12,580,80:0,54 die statutarisch vorgeschriebene Höhe bereits überschritten hat. Nach Anhörung der Bilanz Revisionskommission erklärte sich der Verwaltungsrath diesen Vorschlägen einverstanden und segte den Termin der ordentlichen Generalversammlung auf den 9. April d. J. fest. Die Bilanz des abgelaufenen Jahres ergiebt als Zinsenertrag der Platz und deren Pariewchsel M. 1,191,721,65 gegen M. 779,474,01 in 1891. Ertrag aus dem Kurswechselverkehr M. 429,826,41 gegen 537 425,04 in 1881, als Nettoertrag aus den eigenen Wertpapieren und dem Reportgeschäft M. 4,014,818,03 gegen M. 8,792,356,31 in 1881, als Provision aus den laufenden Rechnungen M. 1,777,31 gegen M. 2,214,813,20 in 1881. Es betragen die Kassen- und Bankbestände M. 50,990,715,74 gegen M. 51,755,645,54 in 1881, die Aktienbestand der eigenen Wertpapiere, einschließlich der Konsortial-Gesellschaften, M. 37,380,776,20 gegen M. 38,675,720,27 in 1881. Abzug eines Eingangs von M. 6645,88 aus früher abgeführten Forderungen belaufen sich die Verluste aus dem Bankverkehr M. 21,970,29.

Bei der heute beendigtenziehung der 3. Klasse Königl. Landeslotterie wurden folgende Hauptgewinne gezogen: 30000 M. (Nr. 82271) 15000 M. (Nr. 19062). 5000 M. (Nr. 82997) 14434. 3000 M. (Nr. 138 49809 37014 71271). 1000 M. (Nr. 14638 35599 80829 20740 82837 23324 52288 22031 18855 15418).

Bermutes.

* Der 200. Geburtstag Réaumur's. Dieses Jahr
zweihundertste seit der Geburt des berühmten französischen
Mathematikers und Physikers Réaumur. Sein Geburtstag steht nicht
doch soll er im Februar 1683 geboren sein. Sein vollständiger Name
war René Antoine Ferchault, Seigneur de Réaumur, des Amis
et de la Bermondière. Er war zu La Rochelle geboren.
studirte er die Rechte, wandte sich aber bald dem Studium der
Mathematik und Naturwissenschaften zu. 1703 siedelte er nach Paris über
und wurde 1718 Mitglied der Académie der Wissenschaften. In
seinen Memoiren derselben erzielten die meisten seiner wissenschaftlichen
Ergebnisse. Außerdem beschäftigte er sich viel mit gewerblichen
Erfindungen, durch welche sein Name bekannter geworden ist, als
jene. So erfand und beschrieb er eine Methode, aus Schmelzen
Stahl zu bereiten, und eine andere, Gußeisen zu schmelzen, welche
vom Herzog von Orleans eine Pension von 12,000 Livres erhielt,
studirte einzig die Kunst der Porzellangewinnung und erfand eine
Art Porzellan (Mattglas), auf eine äußerst einfache und leichte
Weise aus Glas zu bereiten. Selbst mit der Wagenkonstruktion beschäftigte
er sich und gab Mittel an, die Kutschen und Karren in den Straßen
zu setzen, auf engeren Wegen zu fahren, und die Achsen der Wagen
rader zu konserviren. Am bekanntesten aber ist er wohl durch den
ihm bekannten Thermometer geworden. Das Werk, worin er das
Thermometer zuerst angab, war betitelt Règles pour construire
thermomètres dont les degrés sont comparables (Regeln, um Züge
zu konstruieren, deren Grade vergleichbar sind). Er kannte
natürlich den konstanten Zwischenraum zwischen dem Gefrierpunkt
dem Siedepunkt in 80 gleiche Theile, während Celsius im Anfang
das Decimalsystem 100 Theile machte Fahrenheit aber, um Minusgraden
rechnen zu müssen, den Eispunkt mit 32 bezeichnete. Es ist
von da noch 180 Grade bis zum Siedepunkt gerechnet.
eigentlichlich, daß die Skala des deutschen Fahrenheit hauptsächlich
England und Amerika, die des Schweden Celsius namentlich in
reich und dann in der Wissenschaft als solcher, die des Franzosen
Réaumur aber besonders in Deutschland Eingang und Verbreitung
gefunden hat. Populär ist bei uns noch immer die Réaumur'sche
Skala, und nach ihr sind wir gewohnt, unsere Begriffe überall

Wälte zu bilden, obwohl die exakte Wissenschaft dies als einen besichtigt und schon lange die viel praktischere Zentesimalstafel geführt hat. Beaumaris starb am 17. Oktober 1757 auf seinem Schloss La Bermardière in Maine.

Streitbare Priester. In der Kirche von Balangoro bei Larin sind kürzlich während der Messe zwei Priester miteinander streit gerathen, welcher in Thätlichkeit ausartete. Anfangs schlugen sie sich gegenseitig mit Faustschlägen, dann aber griffen sie den Weihwedeln und prügeln sich gegenseitig mit den Stöcken selben der Art, daß die anwesenden Frommen entsetzt über diese Kolonisation die Kirche verliehen.

Wie man Städte gründet. Im Herzen von Texas, etwas von der Hauptstadt Austin, wo sich die beiden Bahnen Gulf-Colorado-Santa Fe und Texas-St. Louis schneiden, sollte, wie eines Tages im September 1881 beschlossen wurde, eine neue Stadt Mexiko gegründet werden. Die Nachricht davon verbreitete sich, und am nächsten Morgen wurde der Stadtplan mit Squares u. s. w. ausgestellt und die einzelnen Bauplätze bei dem ersten Termin, jede 1½ Minuten durchschnittlich einer und im Ganzen ihrer 412, welche zusammen 300 Acres groß waren, losgeschlagen. Dann ging man sofort zur Gründung zweier weiteren Städte, die eine zwei, die andere drei Meilen von Mc Gregor entfernt. Als bald rollten auf Räder gesetzte Wagen eing über die Prairie nach Mc Gregor heran, und am gleichen Tage befanden sich bereits 12 Häuser im Bau, während deren später unter Zelten campierten. Als zwei Monate verstrichen waren, war der Ort 170 Häuser mit 500 Bewohnern; im nächsten Monat weitere 13 Häuser hinzu und es erschien eine Wochenschrift, der "Minneader".

Telegraphische Nachrichten.

Leipzig. 6. März. Die vereinigten Strafsemente des Reichsgerichts entschieden in heutiger Sitzung, daß die mit geschliffenen Schlägern ausgeführten Studentenduelle unter allen Umständen als Zweikampf mit tödlichen Waffen im Sinne des § 205 des Strafgesetzbuches zu betrachten seien, gleichviel welche Schutzabregeln dabei angewandt würden.

Karlsruhe. 6. März. Der Großherzog und die Großherzogin sind heute Mittag hier wieder eingetroffen.

Brüssel. 6. März. Neue Haussuchungen fanden hier bei einem russischen Studenten statt und wurden ausgedehnte Verhölgungen nach Frankreich mit dortigen geheimen Gesellschaften konstatiert. Ein Student aus Lüttich, namens Chestapolos, wurde an der belgischen Grenze festgenommen; man fand 12,000 Franks auf ihm.

Rom. 5. März. Der Papst empfängt heute, morgen und übermorgen anlässlich seines Geburtstages und des Jahrestages einer Krönung die Glückwünsche der diplomatischen Vertreter. Das Urteil des Zuchtpolizeigerichts, durch welches Valeriani einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurtheilt wurde, ist von Appellationshof bestätigt worden.

Athen. 5. März. Die Deputirtenkammer hat eine Tagesabstimmung, welche die Ablehnung des der wirtschaftlichen Lage Landes nicht entsprechenden Budgets beantragte, mit 104 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Washington. 5. März. Die Bill zur Hebung der amerikanischen Handelsschiffahrt ist nicht zur Durchberatung im Kongress gelangt, weil das Repräsentantenhaus mit den vom Senat getroffenen Abänderungen nicht einverstanden war. — Die Eisenfabrikanten in Pittsburgh klagen, ihr Geschäft werde unter dem neuen Tarifgesetz außerordentlich leidet und eine Bezahlung der Arbeitslöhne nötig machen.

Triest. 6. März. Der Londondampfer "Berenice" ist heute Morgen der östlichen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Plymouth. 5. März. Der Hamburger Postdampfer "Silesia" ist hier eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Bremen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 6. März, 8 Uhr Morgens.

D. t.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
778	N	6 bedeckt		7
770	N	9 halb bedeckt		0
755	NO	8 Schnee		0
743	N	4 wolzig		2
745	N	2 wolkenlos		-3
747	N	4 wolzig		-7
—	743	still	Schnee	-1
777	N	5 halb bedeckt		7
771	NO	3 bedeckt	1)	7
—	748	NW	7 wolzig	2)
748	NW	7 bedeckt	2)	1
742	W	5 Schnee		1
741	SW	3 bedeckt	4)	2
739	SW	3 Schnee		1
—	755	NW	7 heiter	0
759	SW	5 bedeckt	5)	1
756	NW	5 Schnee	5)	2
757	SW	5 bedeckt		0
751	WNW	6 Schnee		0
746	NW	3 wolzig	7)	1
754	W	5 halb bedeckt		2
748	W	5 bedeckt		2
—	760	still	bedeckt	2

1) See ruhig. 2) Nachts stürmische Böen mit Regen und Hagel. Dünftig, vorher Schnee. 3) Nachts Regen, früh Schneeschauer. Nachts Schnee. 4) Nachts Regen. 5) Nachts Regen.

Skala für die Windstärke. 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = stark, 6 = heftig, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = färder Sturm, 11 = bestiger Sturm, 12 = Orkan.

Niederschlagung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Küstenzone von Irland bis Ostpreussen, 2. Mittelmeer, 3. Südliche Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe sind die Richtungen von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung. Eine tiefe Depression von unter 740 mm von Nordwesten kommt, liegt über der südlichen Ostsee, während der Luftdruck westwärts hin bis zu 779 mm ansteigt. Über Nordwest-

Deutschland wehen steife Böen aus Nordwest, über der nördlichen Nordsee herrscht stellenweise Nordsturm. Bei rapide fallendem Barometer ist über Zentral-Europa an Stelle der ruhigen, heiteren Witterung jetzt unruhiges, meist trübles Wetter mit Schneeschauern getreten. Dabei ist die Temperatur im Binnenlande gestiegen und liegt jetzt allenthalben nahe, meist über dem Gefrierpunkt.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Bremen im März.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
6. Nachm.	732,8	W mäßig	bedeckt Schnee + 1,7	
6. Abends.	734,0	NW stark	bedeckt + 0,4	
7. Morgen.	740,8	NO lebhaft	halbheiter - 2,7	
Am 6. Wärme-Maximum: + 3°		Gef.		
Am 6. Wärme-Minimum: - 0°				

Wasserstand der Werthe.

Bremen, am 6. März	Morgens 2 10 Meter.
6.	Mittags 2,8
7.	Morgens 2,12

Telegraphische Börsenberichte.

Kredits-Course.

Frankfurt a. M., 6. März. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,46. Pariser do. 81,125. Wiener do. 170,70. R. & P. S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 100, R. & P. Pr. Anth. 127. Reichsb. 102, R. Reichsb. 150. Darmst. 156. Reinw. Bf. 96. Ost. ang. Bf. 706,75. Kreditabilit. 271. Silberrente 66. Papierrente 66. Goldrente 82. Ung. Goldrente 75. 1860er Loope 121. 1864er Loope 318,00. Ung. Staats. 227,50. do. Ost. Obr. II. 94. Böhm. Weltbahn 256. Elizabetb. — Nordwestbahn 176. Galizier 261. Franzosen 291. Lombarden 123. Italiener 90. 1877er Russen 89. 1880er Russen 72. II. Orientali. 58. Bente. Pacific 112. Diskonto-Kommandit — III. Orientali. 57. Wiener Bankverein 101. 5% österreichische Papierrente 66. Buschthaler — Egwyer 75. Gotthardbahn 111. Türken 12.

Hamburg. 6. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert auf Termine rubig. per April-Mai 184,00 Br., 183,00 Gd. per Mai-Juni 186,00 Br., 185,00 Gd. — Roggen loco unv. auf Termine rubig. per April-Mai 134,00 Br., 133,00 Gd. Hafer und Gerste unveränd. Rübbi still. loco 79,00 per Mai 78,00. Spiritus rubig. per März 43 Br. per April-Mai 40 Br. per Juni-Juli 41 Br. per Juli-August 42 Br. — Kaffee sehr fest. Umas 4000 Sac. — Petroleum geschäftslos. Standard white loco 7,55 Br., 7,45 Gd. per März 7,55 Gd. per August-Dezember 8,20 Gd. Wetter: Veränderlich.

Wien. 6. März. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,02 Gd. 10,07 Br. per Herbst 10,45 Gd. 10,50 Br. Roggen per Frühjahr 7,60 Gd. 7,65 Br. Hafer pr. Frühjahr 6,85 Gd. 6,90 Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,85 Gd. 6,90 Br.

Berl. 6. März. Produktummarkt. Weizen loco fest. per Frühjahr 9,53 Gd. 9,55 Br. per Herbst 10,18 Gd. 10,20 Br. — Hafer per Frühjahr 6,37 Gd. 6,40 Br. Mais per Mai-Juni 6,35 Gd. 6,37 Br. Kohlraps pr. Aug.-September 13.

Petersburg. 6. März. (Produktummarkt.) Talg loco 72,00. pr. August 71,00. Weizen loco 13,90. Roggen loco 9,00. Hafer loco 4,80. Hanf 34,50. Leinsaat (9蒲) loco 14,25. Milde.

Amsterdam. 6. März. Bancazinn 57.

Amsterdam. 6. März. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen Mai 276. Roggen per März 168. per Mai 16. Rübbi loco —. per Mai —. per Herbst —.

Antwerpen. 6. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Was-

sermirene Doe weiß. loco 18 bez. u. Br. per April 18 bez. 18 Br. per Mai 184 Br. per September-Dezember 20 bez. Br. Steigend.

Antwerpen. 6. März. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unbelebt. Hafer unverändert. Gerste weichend.

Paris. 6. März. Produktummarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. vor März 25,75. per April 26,75. per Mai-Juni 26,25. per Mai-August 27,60. — Roggen behauptet. per März 16,00. per Mai-August 17,05. — Hafer 9 Marques fest. per März 57,75. per April 58,25. per Mai-Juni 59,25. per Mai-August 60,52. — Rübbi fest. per März 107,75. per April 108,50. per Mai-August 101,50. per Sept.-Okt. 83,00. Spiritus rubig. per März 55,00. per April 55,00. per Mai-August 54,50. per September-Dezember 53,25. — Wetter: Bedeckt.

Paris. 6. März. Rohzucker 88 loco fest. 50,75 a 51,00. Weißer Zucker fest. Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per März 59,00. per April 59,50. per Mai-August 60,75. per Oktober-Januar 61,00.

Bradford. 5. März. Wolle stramm. Garne und Stoffe günstiger.

Glasgow. 6. März. Roheisen. (Schluß.) Weizen ruhig.

Glasgow. 6. März. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 10,217 Tons gegen 12,597 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

London. 6. März. An der Küste angeboten 2 Weizenladungen.

Wetter: Kalt.

Liverpool. 6. März. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Ruth-

maulicher Umsatz 8000 Ballen. Unvee. Tagesimport 36,000 Ballen.

Liverpool. 6. März. Baumwolle. (Schlußbericht) Umsatz

8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Mittel. amerikanische März-April-Lieferung 5,5. Mai-Juli-Lieferung 5,5. Mai-Juni-Lieferung 5,5. Juni-Juli-Lieferung 5,5. Juli-August-Lieferung 5,5. August-September-Lieferung 5,5. Oktober-November-Lieferung 5,5 d.

Liverpool. 6. März. (Getreidemarkt.) Mais 1 d. niedriger.

Mehl matt. Weizen stetig. — Wetter: Schön.

Newyork. 5. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork

10,5. do. in New-Orleans 9,5. Petroleum Standard white in Newyork

7,5 Gd. do. do. in Philadelphia 7,5 Gd. robustes Petroleum in New-York

6,5. do. Pipe line Certificates — D. 96 O. Mehl 4 D. 30 O. — Rother Winterweizen loco 1 D. 23 O. do. pr. März 1 D. 22 O. do. per April 1 D. 24 O. do. pr. Mai 1 D. 26 O. Mais (New) — d. 74 O. — Zucker (Fair refining Museovados) 7.

Kaffee (fair-Rio) 9,5. Schmalz Marke (Wilcor) 11,5. do. Kaffee 11,5. do. Rohe u. Brothers 11,5. Speck (short clear) 10,5. Getreidefracht nach Liverpool 5,5 D.

Newyork. 5. März. Weizen-Berschiffungen der letzten Woche

